

Sowjet-Landwirtschaft in der Strukturkrise

Autor(en): **Eitner, Hans-Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **45 (1965-1966)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161735>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sowjet-Landwirtschaft in der Strukturkrise

HANS-JÜRGEN EITNER

Das Februar- und auch das dem Sturz Chruschtschews folgende November-Plenum des ZK der KPdSU ging 1964 wie das März-Plenum 1965 zu Ende, ohne daß die Ernteergebnisse des Jahres 1963 erwähnt worden wären. (Nur das Ergebnis der Rohbaumwollernte, die 1963 mit 5,2 Mio. Tonnen sehr gut ausfiel, wurde bekanntgegeben.) Bisher veröffentlichte Moskau die Erntezahlen für die wichtigsten Feldfrüchte spätestens zu Beginn des folgenden Jahres. Aber offensichtlich waren 1963 die Ernten fast aller Kulturen überaus schlecht ausgefallen: nach einem jahrelang geheim gebliebenen Dekret des sowjetischen Ministerrates vom 17. Juni 1961 dürfen nur Planerfüllungen in der Landwirtschaft statistisch weitergemeldet werden («Sprawotschnik partiinogo rabotnika», 4. Auflage, Moskau 1963). Das Jahr 1963 sollte ursprünglich als letztes Jahr des «Großen Jahrzehnts» (Welikoje Desjatiletije) von 1954 bis 1963 besonders gewürdigt werden.

Dazu war aber kein Anlaß, denn seit Jahren hatte die Sowjetunion keinen so großen Fehlbetrag an Getreide und Futtermitteln gehabt wie 1963/64. Die Sowjetführung sah sich 1964 gezwungen, Weizen in einem Umfange aus dem Westen einzuführen wie noch nie seit dem Bestehen der Sowjetmacht: rund 900 Mio. Goldrubel mußten für den Kauf von rund 10 Millionen Tonnen Weizen aus Kanada und Nordamerika aufgewendet werden. Erst im März 1965 entschloß sich Moskau, das Statistische Jahrbuch für 1963 zu veröffentlichen, und dort wurde kommentarlos endlich das Geheimnis um das Ernteergebnis von 1963 gelüftet: 107,5 Mio. Tonnen Getreide oder 110,7 Mio. Tonnen mit grünem Mais. Das war — offiziell — eine gegenüber 1962 um 37 Mio. Tonnen oder um 25 Prozent geringere Ernte. Es ist anzunehmen, daß auch diese Zahl noch «geschönt» ist und das wirkliche Ergebnis bei 95 bis 100 Mio. Tonnen liegen dürfte. Der Ertrag je Hektar war 1963 mit 8,3 Doppelzentner der niedrigste seit 1954 und bewegte sich damit auf dem Niveau von 1913! (1964 soll eine um 12 Prozent höhere Ernte eingebracht worden sein.)

Viehfuttermangel führte zur Massenabschlachtung von Schweinen

Der Schweinebestand hat sich infolge des von den Planern nicht kalkulierten Futtergetreidemangels durch «organisierte Abschlachtungen» von Januar

1963 = 70 Mio. bis Januar 1964 = 40,7 um 29,3 Mio. Stück oder um 41,9 Prozent verringert. Einen ähnlich starken Rückgang gab es durch «unorganisierte Abschachtungen» nur während der stalinistischen Zwangskollektivierung von 1930 bis 1932, als damals der Schweinebestand in vier Jahren um 43 Prozent, also jährlich um 11 Prozent, zurückging. Das Schweinesterben bedeutete einen noch größeren Rückschlag als die Weizenknappheit, da die Verluste im Viehbestand mehr Zeit und Kapital zur Regenerierung benötigen. Der «sozialistische Agrarsektor», also die Sowchosen und Kolchosen, war gezwungen, seinen Schweinebestand von 53,9 um 26,3 auf 27,6 Mio. Stück oder um 48,8 Prozent zu reduzieren, während sich im privaten Agrarsektor, bei den Hoflandwirtschaften, nur eine Verringerung von 16,1 um 3,0 auf 13,1 Mio. Stück oder um 18,7 Prozent ergab. Diese Divergenz verdient eine nähere Beleuchtung.

Die Schweineerzeugung ist im wesentlichen eine Funktion des Futterinputs, und wer über Futtermittel verfügt, kontrolliert die Erzeugung. Demnach müssen die privaten Schweineeigentümer eine weitaus zuverlässigere Futtermittelbasis haben als das Sowchos/Kolchos-System. In Rußland werden Schweine hauptsächlich mit Kartoffeln und tierischer Nahrung gefüttert. Im sozialistischen Agrarsektor besteht eine größere Abhängigkeit von Getreide und Trockenfutter als von Kartoffeln, und da sich der Ernterückschlag auf die Getreideregionen konzentrierte, wurde die Futtermittelkrise sofort akut. Hinzu tritt der Anreizfaktor: die Privatbesitzer furagierten offenbar sorgfältiger als die Kolchosadministration. Schließlich sollte der sozialistische Sektor mehr Schweine aufziehen, ohne daß zusätzliches Viehfutter bereitgestellt wurde, um neue Reserven für die Fleischerzeugung zu erschließen: der Zusammenbruch der Futtermittelbasis produzierte einen multiplikatorischen Effekt.

Die Sowjets hatten ihre Bemühungen zur Steigerung der Fleischproduktion auf den Schweinesektor konzentriert. Denn Schweine vermehren sich schneller als anderes Vieh und benötigen — theoretisch — weniger Futterinput je Produktionseinheit, sind aber auf der anderen Seite bei schwankender Futterbasis weitaus anfälliger für Ernährungskrankheiten und Gewichtsverluste. Schweine gedeihen am besten bei Fütterung mit Futtermittelgetreide, ergänzt durch tierische Nahrung; aber die Viehfutterversorgung erwies sich für 70 Mio. Schweine als völlig unzureichend. Es kommt hinzu, daß die Russen traditionell Schweinefleisch bevorzugen; 41 Prozent der Fleischproduktion von 1958 bis 1962 bestand aus Schweinefleisch und Schweineschmalz. Als Folge davon stieg in der Chruschtschew-Ära die Zahl der Schweine seit 1954 um 110 Prozent an, während die Zahl des Rindviehs und der Schafe nur um 56 beziehungsweise 39 Prozent stieg. Über die Entwicklung dieses Bereiches, Hauptquelle der sowjetischen Fleisch- und Fettversorgung, unterrichtet folgende Übersicht:

Erzeugung von Schweinen und Schweinefleisch nach Sektoren 1957 bis 1964

| | Schweine | | | Schweinefleisch/Schmalz | |
|------|----------------------|---------|---------|-------------------------|---------|
| | Bestand | Sozial. | Privat- | Sozial. | Privat- |
| | 1. Jan. | Sektor | Sektor | Sektor | Sektor |
| | (in Millionen Stück) | | | (in Millionen Tonnen) | |
| 1957 | 33,3 | 18,2 | 15,1 | 0,8 | 1,9 |
| 1959 | 48,7 | 33,6 | 15,1 | 1,8 | 1,8 |
| 1960 | 53,4 | 39,6 | 13,8 | 1,8 | 1,5 |
| 1961 | 58,7 | 43,3 | 15,4 | 1,9 | 1,8 |
| 1962 | 66,7 | 49,4 | 17,3 | 2,1 | 1,9 |
| 1963 | 70,0 | 53,9 | 16,1 | ? | ? |
| 1964 | 40,7 | 27,6 | 13,1 | ? | ? |

Demnach hat sich der Privatsektor als ungewöhnlich stabil in Viehbestand und Fleischerzeugung erwiesen, während der sozialistische Sektor zwar seinen Viehbestand vergrößern konnte, ohne daß jedoch ein entsprechender Anstieg in der Fleischerzeugung erfolgte. Daraus ist zu schließen, daß man bis 1963 wohl der verstärkten Aufzucht Aufmerksamkeit widmete, aber die Produktivität des sozialistischen Sektors extrem niedrig liegen muß. Tatsächlich ist der Kontrast fast unglaublich: die Fleisch/Fett-Erzeugung war praktisch in beiden Sektoren auf gleicher Höhe, aber der Sowchos/Kolchos-Sektor benötigte zwei- bis dreimal mehr Schweine, um den gleichen Ertrag zu erwirtschaften. Oder, um eine der früher so beliebten Chruschtschew-Wendungen abzuwandeln: die «kapitalistischen» Schweine erwiesen sich als um das Zwei- bis Dreifache produktiver als die «sozialistischen» Schweine. Dieser jahrelange Trend muß für die ideologisch ausgerichteten Agrarplaner eine Quelle des Mißvergnügens und höchster Beunruhigung bilden.

Dies um so mehr, wenn man bedenkt, daß der sozialistische Sektor über den Vorteil besserer Stallungen, eines ausgebauteren Veterinärdienstes und günstigerer Aufzuchtbedingungen verfügt. Selbst die Maisernte, die als Schweinefutter abgezweigt wird, kommt in erster Linie den sozialistischen Schweinen zugute. Demgegenüber sind die Schweineställe im Privatsektor vergleichsweise primitiv, da sie sich meist in Schuppen oder neben den Familienquartieren befinden. Um so unglaublicher ist ihre überlegene Produktivität. Welche Gründe mögen hier vorliegen? Obwohl der sozialistische Sektor sein Zuchtvieh schnell aufzubauen hatte, wurde er dennoch mit der Aufgabe belastet, zu einer Verdoppelung der Fleischerzeugung im laufenden Plan beizutragen. Symptomatisch ist die Höhe der Fleischerzeugung 1963. Wenn die erzwungene Abschachtung von zusätzlich 29,3 Mio. Schweinen, verbunden mit einer Reduktion im Rindvieh- und Schafbestand, sich in einer Erhöhung der Fleischerzeugung um nur 7,4 Prozent auswirkte, müssen die vermarkteten Tiere untergewichtig und abgemagert gewesen sein, oder es müssen schwere Verluste durch Eingehen wegen Futterknappheit entstanden sein.

Im Privatsektor herrschen hingegen das Anreizprinzip und einige Marktgesetze. Wahrscheinlich werden die im Frühjahr und Frühsommer geworfenen Ferkel wirksamer gefüttert und vor dem Herannahen des Steuertermins im Januar geschlachtet. Die Futtermittel werden hier rationeller und haushälterischer bewirtschaftet; die Schweine erreichen somit leichter ein Normal- oder Übergewicht; ihre Zahl wird durch die verfügbaren Futtermittel bestimmt. Die Privateigner stehen unter keinem Zeitdruck, das Plansoll zu erfüllen und können daher ihre Produktion gut dem verfügbaren Input anpassen. Es darf nicht übersehen werden, daß der Privatsektor zusätzlich zur eigenen Erzeugung dem sozialistischen Sektor alljährlich noch einige Mio. Zuchtschweine abgibt. Dieser Verkauf an Überschuß-Zuchtvieh an Sowchosen und Kolchosen bildet einen Bestandteil der alljährlichen Anpassung an die Futtermittelbasis. Es bedeutet eine bemerkenswerte Stabilität des Privatsektors, wenn sein Schweinebestand über lange Jahre hindurch, seien sie gute oder schlechte Erntejahre, so konstant geblieben ist.

Da die Schweine-Industrie gemäß Chruschtschews ehrgeizigen Plänen, die USA bis 1960 in der Pro-Kopf-Produktion zu überrunden, mit der Auflage, fast die Hälfte der Fleischversorgung sicherzustellen, eine so hervorragende Rolle spielte, erscheint ein Vergleich beider Systeme angemessen. Der Vergleich der Zahl der Schweine und der Höhe der Schweinefleischerzeugung während eines Jahres basiert auf der Zahl der Schweine für Zuchtzwecke zu Jahresbeginn. Als zuletzt vergleichbare Daten können diejenigen des Jahres 1960 herangezogen werden. Die relevanten Indikatoren sind die Fleisch/Fett-Produktion im Jahr und der Schweinebestand zu Jahresende. Danach ergibt sich folgendes interessante Schema:

| | Sowjetunion | USA |
|--|-------------|-------|
| Zuchtviehbestand Januar 1960 (Millionen Stück) | 8,12 | 8,10 |
| Fleisch-/Fett-Produktion (Millionen Tonnen) | 3,50 | 6,45 |
| Schweinebestand Januar 1961 (Millionen Stück) | 58,70 | 55,30 |

Wie festgestellt werden kann, haben die USA 1960 mit der gleichen Zahl von Zuchtvieh fast doppelt so viel Fleisch und Fett als die Sowjetunion produziert und hatten am Ende des Wirtschaftsjahres nur einen unwesentlich kleineren Schweinebestand aufzuweisen. In dieser entscheidenden Disparität spiegelt sich die amerikanische Überlegenheit in Quantität und Qualität der Futtermittelversorgung, das qualitativ bessere Zuchtvieh und der Einsatz technologischer Neuerungen deutlich wider. Umgekehrt ergibt sich hieraus ein unzweideutiger Maßstab für die Rückständigkeit der Schweinehaltung in der Sowjetunion, besonders in deren sozialistischem Sektor, und für den langen Weg, den es bis zum «Überholen der USA» zurückzulegen gilt. Wäre ein Vergleich zwischen dem amerikanischen Modell und allein dem sozialistischen Sektor der Sowjetunion möglich, so würde die Disparität noch vernichtender zum Ausdruck kommen.

Die Notstands-Abschlachtungen um fast 42 Prozent in einem Jahr kamen für die sowjetischen Verbraucher als doppelter Schock: 1963 war eine Mißernte zu verzeichnen, und ein Jahr zuvor, im Juni 1962, mußten die Fleischpreise im Einzelhandel um 30 bis 35 Prozent erhöht werden. Der Schweinebestand ist im Mittel auf den Status von 1957 bis 1959 zurückgefallen. Der ersten Tabelle ist zu entnehmen, daß das durchschnittliche jährliche Wachstum des Schweinebestandes zwischen 1959 und 1962 bei 4,2 Mio. Stück lag; den größten jährlichen Anstieg in der Sowjetgeschichte gab es 1961/62 mit 8 Mio. Stück. Es bedeutet eine schwere Aufgabe, den Verlust von 29,3 Mio. Schweinen wieder wettzumachen. Man könnte annehmen, das Problem sei dadurch zu lösen, daß man 1964 einige Mio. mehr Schweine für Zuchtzwecke zurückbehielt, aber die Lage ist komplexer. Zuchtschweine benötigen reichliche und abwechslungsreiche Nahrung. Für den Ferkelwurf im Frühjahr und Herbst sind angesichts des rauen russischen Klimas beste Zuchtstallungen erforderlich, aber deren Knappheit und der Mangel an gutem Futter beschränken die Zahl der zu erwartenden Ferkel.

Da der Faktor «Futtermittelbasis» der entscheidende ist, muß in Erinnerung gerufen werden, daß alle sowjetischen Getreideimporte nach der Mißernte von 1963 Brotgetreide umfaßten. Die Sowjets müssen den Schwerpunkt von Brot- auf Futtermittelgetreide verlagern (nominell sind 70 Prozent der Getreideernte der Sowjetunion Brotgetreide, in den USA nur 30 Prozent), bevor ein entscheidender Durchbruch erzielt werden kann. Auf der Grundlage der Erfahrungen der dreißiger Jahre würde es fünf bis zehn Jahre dauern, bis die schweren Verluste von 1963 ausgeglichen wären. Da jedoch seit den Rückschlägen durch Zwangskollektivierung und Kriegsverwüstungen die Basis der sowjetischen Schweine-Industrie heute breiter und die Dynamik des Privatsektors im Vergleich zur Stalin-Ära erheblich angestiegen ist, wird es vermutlich mindestens zweier, wenn nicht dreier aufeinanderfolgender guter Ernten bedürfen, bis die Schweinelücke geschlossen werden kann. (Der Schweinebestand soll am 1. Januar 1965 erst 52,8 Millionen betragen haben.) In der Zwischenzeit wird sich der sowjetische Verbraucher für einige Jahre auf karge Rationen in Fleisch und Wurstwaren einrichten müssen.

Die Dürre des Jahres 1963 offenbarte nicht allein die fast völlige Abhängigkeit der Sowjet-Landwirtschaft vom Witterungsablauf, sondern auch deren systembedingte Schwächen. Es ist eingetreten, was Chruschtschew wohl seit langem befürchtet und auf dem Januarplenum 1961 auch zum Ausdruck gebracht hatte, nämlich, daß der niedrige Stand der Agrarerzeugung eines Tages die Entwicklung der übrigen Zweige der Volkswirtschaft beeinträchtigen könnte. Dazu bedurfte es keiner Sehergabe. Es fragt sich allerdings, warum Chruschtschew, der einen solch gefährlichen Verlauf der Dinge erkannte, nicht schon längst die Folgerungen zog und mit den halben Maßnahmen Schluß machte. Chruschtschew selbst umschrieb seine und seiner Führung Un-

terlassungssünden mit dem russischen Sprichwort, wonach der Bauer sich bekreuzigt, bevor es wettet. Im übrigen schob er die Schuld Stalin zu. Im April 1962 erklärte er: «Wir büßen jetzt für die falsche Ansicht, die Stalin von der Landwirtschaft hatte. Stalin führte eine Politik ungerechtfertigt niedriger Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte durch.» Im Februar 1964 sagte er, Stalin habe die Einkommenssteuer der Kolchosen zu einer Zeit auf 40 Mrd. Rubel erhöhen wollen, als deren Bruttoeinnahmen 42 Mrd. Rubel betragen. . . Chruschtschew wollte damit sagen, daß die Landwirtschaft unter Stalin einen Substanzverlust erlitten hat, an dem sie heute noch krankt.

Der industriell-militärische Aufstieg der Sowjetunion erfolgte in der Tat auf Kosten der Landwirtschaft und des Lebensstandards der nicht privilegierten Bevölkerung. Bis etwa 1947 zahlte der Staat den Kolchosen für 100 Kilogramm abgelieferten Weizen 10 damalige Rubel, während im Einzelhandel 100 Kilogramm Weizenmehl 260 Rubel oder das 26fache des Ablieferungspreises kosteten. Noch bis Anfang 1954 war der Brotpreis in den Staatsläden 10- bis 12mal so hoch wie der vom Staat an den Erzeuger gezahlte Weizenpreis. Unter Chruschtschew wurde diese Unterbewertung der Agrarprodukte allmählich gemildert: die bis dahin katastrophal niedrigen Erzeugerpreise wurden wiederholt angehoben. Dennoch lagen sie, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse, immer noch weit unter den realen Gestehungskosten. So gaben das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR bekannt, daß 1961 für den Durchschnitt der Kolchosen zwischen den staatlichen Aufkauf- oder Erzeugerpreisen und den Gestehungskosten für je 100 Kilogramm Fleisch (Lebendgewicht) folgendes Mißverhältnis bestand (in Rubeln):

| | Staatlicher Aufkaufpreis | Gestehungskosten in (heutigen) Rubeln | Verlust für den Erzeuger |
|-----------------------|-----------------------------|---|-----------------------------|
| Rind- und Kalbfleisch | 59,1 | 91,6 | 32,5 |
| Schweinefleisch | 82,3 | 118,0 | 35,7 |
| Geflügelfleisch | 82,2 | 133,5 | 51,3 |

Stalin plante kurz vor seinem Tode, die Sowchosen wegen ihres chronischen Defizits aufzulösen und ihr Land den Kolchosen zu verkaufen («Prawda», 7. März 1964). 1960 arbeiteten nach amtlichen Angaben («Finantsy SSR», Nr. 3, 1961) zwei Drittel aller Sowchosen mit roten Zahlen, sprich: mit ungeheuren Verlusten. 1963 arbeiteten sieben von zehn Sowchosen defizitär; bei rund 8500 Sowchosen müssen aus dem Staatshaushalt jährlich 3 Mrd. Rubel für den Verlustausgleich von 6000 Sowchosen aufgebracht werden («Iswestija», 24. November 1964). Diese für den Erzeuger unhaltbare Lage umriß Chruschtschew im Juli 1962 in seiner volkstümlichen Art mit den Worten: «Welcher Dummkopf wird die Fleischproduktion erhöhen, wenn der Betrieb — Kolchos oder Sowchos — einen um so größeren Verlust erleidet, je mehr

Fleisch er produziert.» Ähnlich liegen die Dinge bei einer ganzen Anzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Aus der Entwicklung der Fleischproduktion nach dem 1. Juni 1962, als die Erzeugerpreise für Fleisch um 30 Prozent erhöht wurden, geht hervor, daß sie nach wie vor unzureichend waren. Sie sicherten den Kolchosen keine kostendeckenden Einnahmen und boten daher keinen hinreichenden Anreiz, den von der Sowjetführung seit Jahren verkündeten «steilen Anstieg» der landwirtschaftlichen Erzeugung auszulösen. Auch die staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft, die gemäß Chruschtschew von 1953 = 985 Mio. Rubel auf 1963 = 5,1 Mrd. Rubel mehr als verfünffacht wurden, reichten nicht aus. Denn die Höhe und Produktivität der Agrarerzeugung hängt von einem Komplex natürlicher, agrarpolitischer, technischer, ökonomischer und psychologischer Faktoren ab, die ineinandergreifen und sich gegenseitig bedingen.

Das gigantische Experiment der Neulandgewinnung und seine Folgen

Beim Tode Stalins Anno 1953 war die Landwirtschaft weder in der Lage, den Eigenbedarf der Sowjetunion an Nahrungsmitteln und Rohstoffen aller Art zu decken, noch jenen Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Stellung der Sowjetunion im Ostblock ergaben. Stalins Nachfolger waren genötigt und auch bereit, die schlimmsten Folgen der Zwangswirtschaft im Agrarsektor abzubauen oder doch weitgehend zu mildern, um den Weg für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu ebnen. Sie sahen sich auch veranlaßt, die «materiell-technische Basis» in gewissem Rahmen zu erweitern. Sie waren aber keineswegs gesonnen, die Schwer- und Rüstungsindustrie, die den Löwenanteil der Investitionsmittel beansprucht, zugunsten der Landwirtschaft zu begrenzen. So blieb es bei halben Maßnahmen. Die vordringliche Steigerung der Getreideernten konnte entweder durch intensivere Nutzung der vorhandenen Nutzflächen oder durch deren wesentliche Erweiterung erfolgen. Da man in kürzester Frist und mit geringem Kapitalaufwand zu Erfolgen gelangen wollte und mußte, war von Intensivierung wohl die Rede, doch wurde sie nur in geringem Maße verwirklicht.

Statt dessen wurden von 1953 bis 1961 in einem extensiven Programm 42 Mio. Hektar Neuland in den östlichen Regionen der Sowjetunion, vorwiegend in den Trockengebieten Kasachstans und Südsibiriens, in die Bebauung einbezogen und zu mehr als zwei Drittel mit Getreide bestellt. In der gleichen Zeit ging der Getreideanbau in den alten Anbaugebieten im europäischen Rußland um etwa 9 Mio. Hektar zurück. Diese Vorgänge waren mit gravierenden Änderungen der Anbaustruktur verbunden. Durch Neulandaktion und Reduktion der Brache wurden die Anbauflächen aller Feldfrüchte 1953 bis 1963 von 157 auf 218 Mio. Hektar oder um fast 40 Prozent erweitert. Von einzelnen

Gebieten abgesehen, konnte eine so starke Ausdehnung der Anbaufläche nur zu Lasten einer intensiven Bewirtschaftung erfolgen. Bei günstigem Witterungsablauf führt die Flächenausweitung natürlich prompt zu einer größeren Gesamterzeugung. Sie stieg von 1953, einem Jahr des tiefsten Standes, bis 1959 erheblich an, blieb aber gleichwohl starken Schwankungen unterworfen. Demgegenüber war die Getreideerzeugung in den Steppengebieten der Trokenzone, mangels Intensivierung im Gefolge der Schwerpunktverlagerung, höchst bedenklichen Risiken ausgesetzt. (Während Weizen normalerweise einen Jahresniederschlag von 80 Zentimeter braucht, liegt er in Kasachstan selten über 30 Zentimeter.) Chruschtschew riskierte, setzte en plein und — verlor. . . Professor Otto Schiller, führender Kenner der russischen Landwirtschaft, meinte dazu:

Es mußte von vornherein zweifelhaft erscheinen, ob diese Aktion zu dem gewünschten Erfolge führen kann. Erfahrungsgemäß ist in diesen Gebieten ein ständiger Getreidebau auf die Dauer nicht durchführbar, sondern eher eine extensive Weidewirtschaft, bei der nur ein kleiner Teil der Flächen jeweils im Feldbau genutzt wird. Ein permanenter Getreidebau führt unter den gegebenen klimatischen Bedingungen mit Sicherheit nach kurzer Zeit zu einer Zerstörung der natürlichen Bodenstruktur und zu starker Bodenerosion, so daß unter Umständen letzten Endes die landwirtschaftliche Nutzung solcher Böden vollständig aufgegeben werden muß.

Im September 1963 stellte Chruschtschew fest: «Unser Land unterliegt oft der Einwirkung der Dürre, besonders die Regionen Westsibiriens, Kasachstans, des Wolgaraumes und der Südukraine.» Nach Beginn der Neulandaktion barg praktisch jedes Erntejahr die Möglichkeit eines schweren Rückschlages in sich. Er trat äußerst spürbar 1963 ein, als in weiten Gebieten des asiatischen und auch des europäischen Teils der Sowjetunion die Ernte sehr schlecht ausfiel. Noch auf dem XX. Parteikongreß der KPdSU im Februar 1956 hatte Chruschtschew die Überschlagsrechnung aufgestellt, der Getreidebau auf Neuland lohne sich selbst dann, wenn in fünf Jahren nur zwei gute, eine mittlere und zwei schlechte Ernten erzielt würden. . .

Dabei rechnete er, wie immer höchst optimistisch, mit einer durchschnittlichen Getreideernte auf dem Neuland von «nicht weniger als zwei Mrd. Pud» oder 33 Mio. Tonnen im Jahr. Eine solche Menge konnte selbst in den besten Erntejahren dort nicht eingebracht werden. Von elf Neulandernten 1954 bis 1964 waren drei sehr gut, eine gut, zwei mittelmäßig, zwei schlecht und drei Mißernten. Während nach Chruschtschews Überschlag die Relation «gut» : «mittel» : «schlecht» sich in zehn Erntejahren auf 4 : 2 : 4 hätte stellen müssen, ergab sich indessen die Relation 3 : 2 : 5. Der sowjetische Landwirtschaftsminister Wolowtschenko erklärte im Februar 1964, die Sowjetunion habe in neun Jahren 135 Mio. Tonnen Marktgetreide aus dem Neuland erhalten. (Wieviele Mio. Tonnen hievon verdorben und verfault sind, sagte der Minister nicht.) Die drei besten Erntejahre (1956, 1958, 1964) erbrachten nur einen Ertrag

von durchschnittlich 10 Zentner je Hektar, während das Planziel bei 14 bis 15 Zentner lag; im Zehnjahresmittel stellte sich der Ertrag von 1954 bis 1963 auf bloß 6,8 Zentner je Hektar.

Chruschtschew hatte mit Hilfe des Neulandes die Getreideversorgung der Sowjetunion in kurzer Frist für einige Jahre verbessern können. Aber bald nach 1958 waren die anfänglich für den Getreidebau in Monokultur auf dem Neuland vorhandenen Möglichkeiten durch falsche Bodenbearbeitung, Verunkrautung, wiederholte Dürren und Staubstürme weitgehend erschöpft. Die Sowjetführung zog hieraus nicht die nötigen Konsequenzen. Die Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit wurden vernachlässigt. Erst die sengende Dürre und die verheerenden Staubstürme von 1963, die große Teile Zentralasiens, von der Grasnarbe entblößt, in eine «dust bowl» verwandelten, bewirkten das Ende des Getreidebaues auf Neuland in der bisherigen Form. Der Getreidebau wird zwar dort nicht, wie häufig behauptet, aufgegeben, wohl aber zugunsten von Brache und mehrjährigen Gräsern, also durch Umstellung auf ein intensiveres Fruchtfolgesystem, stark reduziert werden. Bisher widersetzten sich vor allem die Parteibehörden einer schon längst fälligen Verringerung der Getreideanbaufläche auf dem Neuland. Doch machen die erodierten und verunkrauteten Böden diesen Einschnitt jetzt unumgänglich.

Versuch der Intensivierung durch Dünger, Bewässerung und Mechanisierung

Die sehr angespannte Lage der Landwirtschaft, die sich auf die übrige Wirtschaft negativ auswirkt, zwingt die Sowjetführung dazu, einen anderen Ausweg zu suchen. Sie kann nicht mehr extensiven Programmen der Erweiterung der Saatfläche nachjagen, sondern muß sich nunmehr dazu entschließen, zu einer Intensivierung der Landwirtschaft als neuer «Generallinie» überzugehen. Das sollte im wesentlichen durch vermehrten Einsatz von Mineraldünger, durch den Ausbau der künstlichen Bewässerung und durch eine allseitige Mechanisierung und Elektrifikation der landwirtschaftlichen Arbeiten erreicht werden. Das klingt durchaus vernünftig und entspricht dem, was in allen zivilisierten Ländern seit langem getan wird. (Schon die Babylonier bewässerten die Felder, und die «Chemisierung» der Landwirtschaft leitete Justus von Liebig bereits vor einem Jahrhundert ein. Von 1,1 Mrd. Hektar Nutzfläche in der Welt werden nur 14 Prozent bewässert, ernähren aber die Hälfte der Menschheit.) Daß die Bedeutung der Düngung, der Bewässerung und der Chemie für den Ackerbau heute auch in der Sowjetunion erkannt worden ist, spricht nicht für ein rasches Reaktionsvermögen der Planer.

Mit der Verwendung von Mineraldüngern ist es in der Sowjetunion recht schlecht bestellt. Chruschtschew sagte im September 1963 darüber: «In den

USA werden je Hektar Ackerland im Durchschnitt 227 Kilogramm Mineraldünger aufgewendet, in Westdeutschland 1050 Kilogramm, bei uns dagegen 70 Kilogramm.» Das ist in der Tat sehr wenig. Chruschtschew erklärte es damit, daß bisher «keine Mittel» vorhanden gewesen seien, um eine produktionsstarke Mineraldüngerindustrie aufzubauen. Das ist eine fadenscheinige Ausrede. Die Mittel wären vorhanden gewesen; sie wurden jedoch zu anderen Zwecken verwendet, so für eine sinnlose Steigerung der Kohlenförderung und für außerordentlich kostspielige Prestigeflüge im Weltraum. Demgegenüber war für die Landwirtschaft niemals genügend Geld da; kein Wunder, daß ihre Erträge noch nicht ein Drittel der Hektarerträge in der Bundesrepublik Deutschland erreichen (UdSSR: 10, Bundesrepublik: 35 Doppelzentner je Hektar Weizen).

Laut Chruschtschew wurden in der Sowjetunion 1963 20 (1964: 25) Mio. Tonnen Mineraldüngemittel gegen 35 Mio. Tonnen in den USA produziert. Den Bedarf der Sowjetunion schätzte Chruschtschew auf die doppelte amerikanische Menge, also auf 70 Mio. Jahrestonnen. Zusammen mit der Belieferung der osteuropäischen Länder und einiger Entwicklungsländer sollen in Zukunft sogar 100 Mio. Tonnen zur Verfügung stehen. Diese 100 Mio. Tonnen gelten als Produktionsziel für 1970, während für 1965 35 Mio. Tonnen angesetzt sind. Es ist nicht völlig ausgeschlossen, wohl aber äußerst schwierig, dieses Resultat zu erreichen. Von 1954 bis 1962 nahm die Produktion durchschnittlich um 1,1 Mio. Tonnen jährlich zu; 1964 und 1965 müßte sie um jeweils 7,5 Mio. und 1966 bis 1970 jedes Jahr um 13 Mio. Tonnen zunehmen, um den Plan zu erfüllen. Man mußte ein Chruschtschew sein, um ein solches Programm aufzustellen. In den nächsten Jahren rechnete er mit 3 bis 4 Mrd. Rubel oder 13 bis 18 Mrd. DM Investitionen für einen entsprechenden Ausbau der Mineraldüngerindustrie. Überschlägig gerechnet wird das Gesamtprogramm allerdings rund 10 Mrd. Rubel benötigen oder etwa so viel, wie im Lauf des letzten Jahrzehnts in die gesamte Konsumgüterindustrie investiert wurde.

Um möglichst rasch zu einem greifbaren Ergebnis zu kommen, war vorerst geplant, die verstärkte Düngung zunächst auf 11 Mio. Hektar Weizenböden zu konzentrieren, und zwar im Nordkaukasus, im zentralen Schwarzerdegebiet, in der mittleren Ukraine und der oberen Wolga. Wenn bisher auf den 11 Mio. Hektar 17 Mio. Tonnen Weizen geerntet wurden, soll dieselbe Fläche nach Düngung 30 Mio. Tonnen erbringen. Chruschtschew schwelgte in seinen bekannten Milchmädchenrechnungen:

Es ist von der Wissenschaft bewiesen und von der Praxis bestätigt, daß die Verwendung eines Doppelzentners Mineraldünger zwei bis drei Doppelzentner Getreide zusätzlich ergibt. Also eine Tonne Düngemittel ergibt zwei bis drei Tonnen Getreide und deren 10 Mio. Tonnen 20 bis 30 Mio. Tonnen Getreide oder 1,2 bis 1,8 Mrd. Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm) zusätzliches Brotgetreide.

Chruschtschew war von jeher ein Zahlenakrobat gewesen; seine Rechnungen wurden nur allzu häufig von der Wirklichkeit korrigiert. Hinsichtlich der Düngung werden auch seine Nachfolger die Erfahrung machen, daß der Weg sehr weit ist von der Bewilligung der Mittel über den Ausbau der Mineraldüngerfabriken bis zur Einbringung der Ernte von den gedüngten Feldern. So fand denn auch das Kunstdüngerproblem auf dem ZK-Plenum im März 1965 keine besondere Erwähnung: die frühere Schwerpunktbildung wirkte sich negativ auf die Produktion von Traktoren, Lastkraftwagen, Mähdreschern usw. aus, deren Planziele nicht überschritten wurden.

Neben den mineralischen Düngemitteln soll künstliche Bewässerung eine Wende in der Agrarproduktion herbeiführen: 1962 waren erst 6,4 Prozent der Nutzfläche bewässert. Sie soll vor allem einen «Sicherheitsfonds» an Brotgetreide schaffen, der auch in Dürre Jahren zur Verfügung steht. Auf den zu bewässernden Feldern sollen Reis, Mais und Winterweizen angebaut werden. Während des letzten Jahrzehnts wuchs die bewässerte Nutzfläche nur um 1,1 Mio. Hektar. Schon 1964 sollte der Getreidebau auf bereits vorhandenem bewässerten Land erweitert und sollten darüber hinaus weitere 2,8 Mio. Hektar durch Bewässerung für den Getreidebau erschlossen werden. Chruschtschew dachte für die Zukunft an eine Ernte von 25 bis 32 Mio. Tonnen von den bewässerten Böden. Es entbehrte nicht einer gewissen Tragikomik, daß er sich bei seinen Bewässerungsvorhaben sogar auf Lenin berief, der bereits im April 1922 ein Dekret über den Kampf gegen die Dürre erlassen hatte. Das ist nun schon 43 Jahre her, ohne daß, außer beim Baumwollanbau in Usbekistan, etwas Nennenswertes geschehen ist. Die Anlage künstlicher Bewässerungssysteme auf mehreren Mio. Hektar nimmt eine lange Zeit in Anspruch. Die Sowjetführung braucht aber sofortige Hilfe. So bleibt nichts anderes übrig, als auf einen Teil des bereits bewässerten Bodens zurückzugreifen.

Das sind zur Zeit 11,8 Mio. Hektar, wovon 9,4 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzt werden. Hiervon sollen 2,6 Mio. Hektar, vor allem in Zentralasien (wo 65 Prozent allen bewässerten Landes liegt) und im Kaukasus, der bisherigen Nutzung entzogen und für den Reis-, Mais- und Weizenanbau herangezogen werden. Chruschtschew errechnete sich aus diesem Areal folgende Ernteergebnisse:

| | | |
|------------|----------------------|------------------------------------|
| Reis | 0,6 Mio. Tonnen von | 120 000 Hektar (50 Dz je Hektar) |
| Körnermais | 10,7 Mio. Tonnen von | 1 330 000 Hektar (80 Dz je Hektar) |
| Weizen | 4,4 Mio. Tonnen von | 1 106 000 Hektar (40 Dz je Hektar) |
| Insgesamt: | 15,7 Mio. Tonnen von | 2 556 000 Hektar |

Die hohen Hektar-Erträge der Chruschtschewschen Rechnung entsprachen freilich ganz und gar nicht dem, was zur Zeit auf bewässertem Boden tatsächlich geerntet wird; 1963 waren es nur 13 Doppelzentner Getreide, 19 Doppelzentner Körnermais und 24 Doppelzentner Reis je Hektar («Selskaja Schisn»,

Moskau, 12. Februar 1964). Zum Vergleich diene der Reisertrag je bewässertem Hektar 1956 in Griechenland mit 30, in der Türkei mit 36, in Portugal mit 42 und in Italien mit 46 Doppelzentner.

Zunächst werden es also nicht mehr als 4 bis 5 Mio. Tonnen sein, die von den 2,6 Mio. Hektar bereits bewässerter Fläche eingebracht werden können, soweit deren Umstellung auf Getreide- und Reisanbau überhaupt so schnell gelingt. Dies ahnte wohl auch Chruschtschew, als er anordnete, daß weitere 2,8 Mio. Hektar im Wolga-, Kuban-, Don- und Terekgebiet, in Zentralasien und Kasachstan sowie in der Ukraine neu bewässert werden sollen. Auf diesen neu zu bewässernden Flächen rechnete er sich bei gleichfalls unglaublich hohen Erträgen eine Gesamternte von 20 Mio. Tonnen aus, was zusammen mit den altbewässerten Böden einen Gesamtertrag von rund 36 Mio. Tonnen ergäbe — allerdings auf dem Papier.

Die für den Bau des Bewässerungssystems erforderlichen Investitionen bezifferte Chruschtschew auf 2600 Rubel oder 11500 DM je Hektar, das heißt bei 2,8 Mio. Hektar auf 7,3 Mrd. Rubel oder 32 Mrd. DM. Zusammen mit dem Aufwand für den Bau der Mineraldüngerkapazitäten wären also rund 11 Mrd. Rubel oder fast 50 Mrd. DM aufzubringen. In Wahrheit werden es wesentlich mehr sein, vielleicht 20 Mrd. Rubel oder 90 Mrd. DM. Soll diese gewaltige Summe in absehbarer Zeit realisiert sein, müßten jedes Jahr etwa 3 Mrd. Rubel oder 13 Mrd. DM aufgebracht werden. Mit anderen Worten: Die Investitionen in die Landwirtschaft, die bisher bei rund 4 Mrd. Rubel jährlich lagen, müßten um 75 Prozent gesteigert werden. Zum Vergleich: Ein so wichtiger und bevorzugter Industriezweig wie die chemische Industrie erhielt bisher etwa 1,5 Mrd. Rubel Investitionsmittel. Allein für Bewässerung müßte also erheblich mehr ausgegeben werden als für den Aufbau der chemischen Industrie. Angesichts der angespannten Lage auf dem Gebiet der Investitionen sind starke Zweifel an der raschen Durchführbarkeit des neuen Programms gerechtfertigt. Wenn überhaupt, können die geplanten Arbeiten nur auf Kosten anderer Vorhaben einigermaßen verwirklicht werden.

Nach der bitteren Erfahrung von 1963 sieht sich die Sowjetführung jedoch gezwungen, die erforderlichen Beträge für die Landwirtschaft selbst auf Kosten anderer, bisher privilegierter Wirtschaftszweige bereitzustellen. Indessen läßt sich mit staatlichen Investitionen allein das für die Landwirtschaft aufgestellte Intensivierungsprogramm nicht durchführen: es steht und fällt mit der Bereitschaft der in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen, die Betriebsmittel zweckentsprechend auszunutzen. Chruschtschew beklagte sich im Dezember 1963 bitter über die Berge von Düngemitteln, die in Schnee und Regen verkommen, über die eingeschneiten Berge von Superphosphat, die den Kindern als Rodelbahn dienen. Häufig genug gehen Landmaschinen infolge fehlender Pflege zugrunde; fabrikneue Traktoren werden mangels Ersatzteilen ausgeschlachtet. (Ein sowjetischer Traktor hat rund 173 Hektar, ein amerika-

nischer nur rund 26 Hektar zu bearbeiten; der Sowjettraktor benötigt jährlich 5 Tonnen Ersatzteile im Wert von 30 bis 40 Prozent des Anschaffungspreises.) Diese handgreiflichen Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

An Plänen für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung hat es bisher nicht gefehlt. Doch zeigte sich schon nach kurzer Zeit, daß sie sich aus verschiedenen materiellen, organisatorischen und psychologischen Gründen als undurchführbar erwiesen. (So enthüllte Chruschtschew im Februar 1964 die erstaunliche Tatsache, daß ein Dekret von ZK und Ministerrat über die Dezentralisierung der Agrarplanung vom August 1955 jetzt in Kraft gesetzt werden sollte.) Der Plan sah von 1959 bis 1965 eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung um 70 Prozent vor. Indessen stagnierte die Produktion 1959 bis 1962, und die gesamte Zunahme im genannten Zeitraum, also in der Hälfte der Planzeit, machte nach amtlichen Angaben nur etwa 6 Prozent aus. Zieht man darüber hinaus die negativen Ergebnisse von 1963 in Betracht, so wird die Kluft zwischen Plan und Wirklichkeit augenfällig.

Chruschtschews Agrarpolitik beeinflusste dessen Sturz maßgeblich

Der scheinbar allmächtige Sowjetführer hat sich durch viele innen-, außen- und personalpolitische Fehlschläge sein Grab gegraben. Der eindeutigste und vor allem für den einfachen Sowjetbürger auch einleuchtendste Grund für sein erzwungenes Abtreten war sein wiederholtes Scheitern in der Agrarpolitik, für die er sich seit seiner Berufung zum Ersten Parteisekretär im September 1953 die persönliche Verantwortung aufgeladen hatte. (Seine Nachfolger waren darin klüger, sich nicht so zu exponieren wie er.) Die Mißernte von 1963, besonders das Fiasko in seinen Neulandgebieten und die großen Weizenkäufe im Westen, besiegelten zweifellos sein politisches Schicksal, weil dadurch das Prestige des Sowjetführers und der KPdSU im eigenen Lande, in Osteuropa und besonders in den umworbenen Entwicklungsländern untergraben wurde.

Bei Beginn seiner Karriere hatte Chruschtschew mit dem katastrophalen Erbe Stalins 1953 fertig zu werden, und er vermochte durch eine Reihe populärer Maßnahmen die Ernten bis 1958 um 45 Prozent zu heben. Aber in den nächsten fünf Jahren stagnierte die Agrarerzeugung, und die verfügbare Nahrungsmittelmenge pro Kopf der Bevölkerung verharrte auf dem Stand von 1956/57. Der sich weit überschätzende Chruschtschew hätte vielleicht den Rückschlag überleben können, hätte er sich nicht mit seinen Versprechungen so überaus verwundbar gemacht. Während Stalins Herrschaft durch Ausbeutung, Verarmung und Brutalität gekennzeichnet war, wurden zum Symbol der Chruschtschew-Ära grandiose Pläne und utopische Verheißungen, begleitet von sich ablösenden «Sofortprogrammen» und einer Kaskade von Reden, Beschwörungen und Reorganisationen. (Fast die Hälfte aller Plenartagungen des ZK der KPdSU waren im letzten Jahrzehnt Agrarproblemen gewidmet; die

veröffentlichten Reden und Memoranden Chruschtschews zur Landwirtschaft umfassen acht dicke Bände.)

Unter den vielen Versprechungen, die Chruschtschew den russischen Verbrauchern machte, und auf deren Verwirklichung sich sein Agrarprogramm gründete, stand seine Prophezeiung des «Speck- und Gulaschkommunismus» an der Spitze, die Sowjetunion würde Amerika in der Pro-Kopf-Produktion von Milch bis 1958, von Fleisch bis 1960 überflügelt haben. Zwar wurden diese Versprechungen, die sich als reine Demagogie erwiesen, gemacht, als Chruschtschew gegen die «Antiparteigruppe» 1957 um sein Überleben kämpfte, aber diese Parolen blieben gleichwohl jahrelang auf der Tagesordnung der Propaganda. Um so niederschmetternder mußte die Tatsache wirken, daß sich die Pro-Kopf-Produktion von Milch und Fleisch bis 1963 kaum über den Stand von 1958 gehoben hatte; gegenüber dem revidierten Siebenjahresplan blieb man bei Milch um 60, bei Fleisch um 56 Prozent in der Erfüllung zurück. Das war der agrarpolitische Schwanengesang Chruschtschews und eine der Wurzeln für seinen schließlichen Sturz.

Überbrückungsmaßnahmen des Duumvirats Breschnew/Kossygin im Privatsektor

Am 30. November 1964 mußte Staatspräsident Mikojan zugeben:

Die landwirtschaftliche Erzeugung bleibt noch immer hinter den wachsenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Bevölkerung zurück. Wir haben deshalb nicht genügend Agrarrohstoffe, was die Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern einschränkt.

Ministerpräsident Kossygin erklärte am 9. Dezember 1964 vor dem Obersten Sowjet, das Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung solle mehr als das der Industriearbeiter steigen und verkündete eine Anhebung des Ankaufspreises für Milch ohne Erhöhung des Einzelhandelspreises. Zu den Feierlichkeiten zur 47. Wiederkehr der bolschewistischen Revolution im November 1964 stand zur Freude der Moskauer Hausfrauen zum ersten Mal seit über einem Jahr wieder Weizenmehl zum Preis von 31 Kopeken je Kilogramm zum Verkauf.

Als wichtigste Überbrückungsmaßnahme der neuen Sowjetführung wurde durch Dekret der ukrainischen Partei- und Staatsbehörden vom 4. November 1964 der Umfang der privaten Hoflandwirtschaft von bisher 0,10 bis 0,25 Hektar je Familie und das Ausmaß der privaten Viehhaltung der Kolchosniki, Arbeiter und Angestellten wieder den bis 1955 geltenden, aber damals «ungerechtfertigt eingeschränkten» Normen angeglichen. Bis 1955 machten die Privatparzellen in den intensiv genutzten, fruchtbaren Agrarregionen der Sowjetunion 0,25 bis 0,50 Hektar je Haushalt (ohne Städter) aus («Kolchosnoje Prawo», 1955, S. 323); in der Ukraine hatten die Privatparzellen der Kolchosniki 1955 durchschnittlich einen Umfang von 0,36 Hektar je Familie («Narodne Gospodarstwo Ukraininskoi RSR», 1957, S. 103, 283). Nach der

ukrainischen Rekordernte von 1955 wurden die privatwirtschaftlich genutzten Flächen um die Hälfte beschnitten. Da das Dekret rund 5,5 Mio. Kolchos-Haushalte und vielleicht ebenso viele städtische usw. Haushalte betrifft, wird es für die Agrarerzeugung in dieser zweitgrößten Agrarzone der Sowjetunion große Bedeutung haben.

Daneben wird durch das Dekret die private Viehhaltung auf dem Lande und in den Städten wieder den bis 1955 geltenden Normen angeglichen und die für sie geltende hohe steuerliche Belastung außer Kraft gesetzt. Es heißt, daß die Partei- und Staatsfunktionäre sogar den Städtern behilflich sein sollen, Vieh zu erwerben sowie Futtermittel und Weiderechte für sie zu sichern. Hier findet das große Schweinesterben von 1963 nochmals seinen Ausdruck: von Januar bis September 1964 sank die Fleischproduktion in der Ukraine um 26 Prozent. Bis 1955 galt als Obergrenze für den privaten Viehbestand in den Kolchos-Haushaltungen der fruchtbaren Regionen der Sowjetunion eine Kuh, ein bis zwei Stück Jungvieh, ein bis zwei Mutterschweine mit Ferkeln, bis zu zehn Schafe und eine unbegrenzte Anzahl von Geflügel und Kaninchen. Somit soll der private Agrarsektor wieder einmal die Fleischkrise mildern, wenn nicht lösen; allein die Existenz, und mehr noch die als Überbrückung getroffene Ausweitung der privaten Viehhaltung bedeutet eine offene Anerkennung der Tatsache, daß der sozialistische Agrarsektor noch nach 35 Jahren, seit der Zwangskollektivierung von 1929, nicht in der Lage ist, die Bevölkerung zu ernähren.

Am 13. November 1964 verordnete das Büro des ZK der KPdSU für die Großrussische Unionsrepublik RSFSR und deren Ministerrat, daß die oben genannten Beschränkungen in privater Hof- und Viehhaltung auch für die RSFSR, die größte Unionsrepublik der Sowjetunion, die rund drei Viertel des Staatsgebiets und etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung umfaßt, wegfallen sollen. In der RSFSR existieren etwa die Hälfte aller privaten Hoflandwirtschaften der Sowjetunion, deren Umfang 1958 für 8,4 Mio. Kolchos-Haushalte im Durchschnitt 0,26 Hektar ausmachte («Narkos RSFSR w 1958 Godu», S. 225, 301). Details über die Ausführungsbestimmungen wurden nicht bekannt. Der Triumph des bäuerlichen Beharrungswillens ist augenfällig: während der private Agrarsektor 1962 nur 3,2 Prozent der Nutzfläche ausmachte, lieferte er von der Gesamtversorgung 1962/63 (geschätzt) 45 Prozent des Fleisches, 45 Prozent der Milch, 45 Prozent des Gemüses, 65 Prozent des Obstes, 70 Prozent der Kartoffeln und 75 Prozent der Eier. (Zum Vergleich: Der Anteil der privat genutzten Agrarfläche betrug 1961 in der Tschechoslowakei 13, in Ungarn 17 und in Polen 89 Prozent.)

Nach dem Jahresbericht für 1964 der Moskauer Statistischen Zentralverwaltung erreichte das Jahreseinkommen der Kolchoswirtschaften, dank besserer Witterung und Preisanhebungen, 17 Mrd. Rubel. Daraus ist zu schließen: Aufgeteilt zu einer Rate von 45 Prozent des Bruttoeinkommens als Arbeitsentgelt unter den 16,2 Mio. Kolchos-Haushaltungen entspricht dies je Haushalt einem

Betrag von durchschnittlich 472 Rubeln im Jahr oder 39,33 Rubel im Monat für den Durchschnittshaushalt im sozialistischen Agrarsektor. Da 1,6 erwachsene Mitglieder eine Haushaltung bilden, beträgt das mittlere Einkommen je Kolchosniki 24,58 Rubel im Monat. Hier soll nicht auf vergleichbare städtische Einkommen eingegangen, sondern ein agrarischer Vergleich angestellt werden: Der staatliche Ankaufspreis für ein privat aufgezogenes 100-Kilogramm-Schwein liegt bei 125 Rubel und entspricht somit fast fünf Monatsverdiensten im sozialistischen Agrarsektor...

Der langfristige Agrar-Generalplan der neuen Sowjetführung (März 1965)

Sechs Monate nach Stalins Tod zeichnete Chruschtschew ein düsteres Bild der darniederliegenden sowjetischen Landwirtschaft; sechs Monate nach seinem Sturz zog sein Nachfolger Breschnew eine vernichtende Bilanz der Agrarpolitik seines Vorgängers. Danach legte er dem Plenum des ZK der KPdSU im März 1965 einen langfristigen Agrar-Generalplan vor, der endlich eine wesentliche Steigerung der Produktivität heraufführen soll. Über den «Agrar-Chruschtschewismus» wußte Breschnew zu sagen, durch «Ignorierung der ökonomischen Gesetze», «subjektives Herangehen», «willkürliche Maßnahmen», «schablonenhafte Ukase», «wissenschaftliche Inkompetenz», «falsche Dogmen» usw. habe die Landwirtschaft stagniert. Die für die Siebenjahrplanperiode 1959 bis 1965 vorgesehene Produktionssteigerung um 70 Prozent sei in sechs Jahren nur zu 10 Prozent oder jährlich zu 1,9 statt 8 Prozent erfüllt worden; damit hielt man kaum mit der Rate des Bevölkerungswachstums Schritt. Die Knappheit an Landmaschinen sei so groß geworden, daß das Pflügen statt 18 bis 20 Tage mitunter zwei Monate in Anspruch nehme usw.

Als zentrale Sanierungsmaßnahme sollen gemäß dem neuen Rahmenplan die Agrar-Investitionen für Maschinen, Kunstdünger, Bauten, Bewässerung usw. im Fünfjahreplan 1966 bis 1970 71 Mrd. Rubel für Kolchosen und Sowchosen erreichen, davon 41 Mrd. oder fast 58 Prozent der Gesamtmittel aus dem Staatshaushalt zur Errichtung neuer Wirtschaftsgebäude und für technische Anschaffungen aller Art. (Dazu eine Momentaufnahme: Noch immer arbeitet ein Achtel der Kolchosen ohne elektrischen Strom.) Die Gesamt-Investitionssumme von 71 Mrd. Rubel übertrifft die in den neunzehn Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg in die Landwirtschaft investierten Beträge und entspricht einer jährlichen Investition von rund 8 Mrd. Rubel aus dem Staatshaushalt und rund 6 Mrd. Rubel seitens der Kolchosen. In den letzten Jahren betrugen die jährlichen Mittelzuweisungen 4, höchstens 5,7 Mrd. Rubel aus dem Staatshaushalt und 2,5 bis 3 Mrd. Rubel Eigenaufkommen der Kolchosen.

Wenn vergleichsweise im Jahrfünft 1960 bis 1964 zusammen 33 Mrd. Rubel aus Staatsmitteln in die Landwirtschaft investiert wurden, stellt das neue Finanzschema zwar einen Anstieg aus dem Staatshaushalt um knapp ein Vier-

tel, nicht jedoch, wie vielfach im Westen kommentiert, einen phänomenalen Aufschwung dar. Schon Chruschtschew ließ die Rate der Agrarinvestitionen seit Stalins Tod verfünffachen, aber ihre Relation zu den Gesamtinvestitionen für die Staatswirtschaft blieb ziemlich konstant. Das wirkliche «Phänomen» der künftigen Landwirtschaftsfinanzierung liegt anderswo: Das von Breschnew geplante Investaufkommen von 6 Mrd. Rubel jährlich seitens der Kolchosen muß vorläufig als eine Fata morgana erscheinen. Die Kolchosen waren bisher niemals in der Lage, mehr als 3 Mrd. Rubel im Jahr aus Eigenmitteln zu investieren, und dies auch nur wegen ihrer beträchtlichen Einkommensfluktuationen auf Befehl. Eine jetzt vorgeschriebene Verdoppelung ihrer finanziellen Leistungskraft hängt von einer schwer vorstellbaren dramatischen Verbesserung ihrer Produktivität ab. Dies kann nur durch abrupt größere Erträge und wesentliche Preiserhöhungen für Agrarprodukte in Verbindung mit der Wiederbelebung der Privatinitiative und der «materiellen Anreize» verwirklicht werden. (Den «wirtschaftlich schwachen» Kolchosen wurden bereits, wie unter Chruschtschew, die im Vorjahr gestundeten Schulden von 2,01 Mrd. Rubel gestrichen.)

Als zweite begleitende Hauptmaßnahme sollen die Preise für bestimmte Agrarprodukte erneut erhöht werden. Diese Ankündigung hat naturgemäß das größte Interesse der Bauern und Agrarfunktionäre. Die staatlichen Ankaufpreise für «Weizen, Roggen, andere Getreidearten und Sonnenblumen» der Kolchosen werden schon bei der diesjährigen Ernte erhöht, so der Weizenpreis in der RSFSR von 79 auf 86 Rubel je Tonne, in der Ukraine um 17 Prozent von 65 auf 76 Rubel je Tonne. (Bei den Sowchosen verbleiben die Preise, wie früher, 20 bis 37 Prozent niedriger als bei den Kolchosen.) Wenn die größte Preisherabsetzung für Kasachstan von 67 auf 80 Rubel je Tonne, also um 19,4 Prozent, vorgesehen ist, so geht daraus hervor, daß die neue Sowjetführung nicht beabsichtigt, Chruschtschews Neulandaktion aufzugeben. Sie scheint entschlossen, die Anstrengungen mit wirksamerem Brachlandwechsel, einem gesunden Kurs, zu intensivieren. Breschnew versprach, es werde keine Preiserhöhungen im Einzelhandel für Brot, Fleischwaren und Milch geben — eine weitere Bürde des Finanzausgleichs für den angespannten Staatshaushalt.

Es ist ein weiteres Charakteristikum der neuen Agrarpreispolitik, einen Bonus bis zu 50 Prozent auf den Grund-Ablieferungspreis für «Übersollverkäufe» von Weizen und Roggen für diejenigen Anbaugelände auszuwerfen, die einen Überschuß erwirtschaften. Dies pflegt in guten Erntejahren für den Nordkaukasus, den Wolgaraum, die Südukraine und bestimmte Gebiete in den Neuländen zu gelten. Weil hier auch wichtige Viehzuchtzonen konzentriert sind und Überschuß-Futtermittel nun womöglich profitabler an den Staat verkauft werden als der Viehfütterung zu dienen, würde ein solcher Kurs sich wiederum, sofern sich die rentablen Kolchosen dazu entschließen, retardierend auf die zu steigende Viehzucht in den Hauptkornkammern der Sowjetunion auswirken.

Auch um diese von den Planbehörden offenbar vorausgeahnte Wendung abzufangen und in Ansehung der in unserer Analyse bereits skizzierten anormalen Situation, daß die meisten Kolchosen, dank der zu niedrigen Ankaufpreise, Fleischprodukte nur unter den Gestehungskosten, also mit Verlust, erzeugen können — Motto: Je höher die Fleischproduktion, desto größer der Verlust! —, wurden als Soforthilfe die Ankaufpreise für Kolchosen und Sowchosen drastisch heraufgesetzt: für Rindvieh um 20 bis 55 Prozent, für Schweine um 30 bis 70 Prozent, für Schafe um 10 bis 70 Prozent, für alle Vieharten in Gebirgsgegenden um 100 Prozent. Da jene Preiserhöhungen diejenigen für Getreide bei weitem übersteigen, erwartet Moskau eine radikale Verbesserung des Viehbestandes und der Viehwirtschaft allgemein in den nächsten zwei oder drei Jahren. Der Staat werde auch diese zusätzlichen Kosten «durch Umdisposition im Staatshaushalt» auffangen. (Die Sowjetfinanzen sind überanstrengt durch Schwer- und Rüstungsindustrie, durch Modernisierungsprogramme und Entwicklungshilfe, durch die forcierte Leicht- und Konsumgüterindustrie.)

Schließlich war es eine Neuerung, daß man die Norm der Zwangsablieferungen für eine längere Frist zu stabilisieren gedenkt. In der Vergangenheit wurden sie von Jahr zu Jahr geändert, was stete Unsicherheit schuf; in den letzten zehn Jahren konnten die Ablieferungspläne nur 1956, 1958 und 1964 erfüllt werden. Nun soll ein «unabänderlicher» Fünfjahrplan für die Hauptprodukte aufgestellt werden: Breschnew benannte als fixes Jahres-Getreideablieferungssoll bis 1970, beginnend 1965, 55,7 Mio. Tonnen (1964 waren es 65,5 Mio. Tonnen). Da die Ablieferungsquote demnach 10 Mio. Tonnen unter dem (steigenden) Bedarf verbleibt, gewinnt das Vorhaben, Getreide mit einem 50-Prozent-Bonus in den Überschußgebieten anzukaufen, erst sein besonderes Gewicht. Eine Reduktion des Ankaufplanes auf fixiertem Niveau bedeutet verminderte Getreidelieferungen in die Blockstaaten (1962 rund 5 Mio. Tonnen) oder die Wiederaufnahme der Getreidekäufe im Westen. Vermutlich werden die Blockstaaten darauf verwiesen werden, im Westen einzukaufen, weil die Futtermittelversorgung der sowjetischen Viehzucht nun Vorrang genießt.

Breschnew äußerte sich auch zur dornigen Frage der organisatorischen «Koexistenz» von Sowchos- und Kolchos-System. Unter Chruschtschew war die Zahl der Kolchosen mittels Fusionierungen und ihrem Aufgehen in Sowchosen von (1953) 93 000 auf (1964) 39 000 reduziert worden, während die Zahl der Sowchosen in der gleichen Zeitspanne von 4857 auf 9175 stieg. Dieser Kurs schuf die bekannte «Gigantomanie» mit zu umfangreichen, nicht mehr zu überschauenden und oft unrentablen Großwirtschaften. Die neue Sowjetführung scheint gewillt, der weiteren «Sowchosisierung» der Landwirtschaft zumindest vorläufig ein Ende zu setzen, um statt dessen die vergleichsweise rentableren Kolchosen zu stützen; andererseits wurde auch vor einer allzu hastigen Verkleinerung der Groß-Kolchosen als schädlicher Form der «Entchruschtschewisierung» gewarnt.

Die jüngsten Maßnahmen der Chruschtschew-Nachfolger, auch Ausdruck ihrer Sympathiewerbung, erscheinen geeignet, wenn sie von einem stetigen Fluß von Konsumgütern aller Art in die Dörfer begleitet sind (die Preise sollen jetzt den billigeren Konsumgüterpreisen in den Städten angeglichen werden, was den Finanzminister erneut sorgenvoll stimmen wird), das Los der hartgeprüften Bauernschaft beträchtlich zu verbessern und die Kluft zwischen Stadt und Land einzuengen. Während der sprunghafte Chruschtschew sich immer mehr angeblich prompt wirkenden Palliativen, ja spektakulären Roßkuren zuwandte, um die wankende Agrarfront zu stabilisieren, ist der Kreml offenkundig nun zur Erkenntnis gelangt, daß es keinen Kurzweg in der agrarischen Entwicklung gibt. Unglücklicherweise pflegen sich positive Ergebnisse nach Kursänderungen nicht rasch einzustellen. Letztlich liegt der Erfolg des Agrar-Generalplanes von 1966 bis 1970 zum großen Ausmaß darin, in den apathisch gewordenen Bauern und den unsicheren Agrarfunktionären einen Anreiz zu schaffen, im Rahmen des fortbestehenden Zwangssystems fleißig und rationell zu wirtschaften. Sie werden voller Argwohn darauf achten, wie die jetzigen gebündelten Versprechungen in die Detailprogramme umgesetzt und, vor allem, ob sie auch wirklich eingehalten werden. . .

Der Kern des Übels: Die Ausbeutung der Bauern durch Sowchosen/Kolchosen

So wichtig auch Bewässerung, Düngung und Mechanisierung usw. sind, so rühren sie doch nicht an das Kardinalproblem der sowjetischen Landwirtschaft: das System des Zwanges und der Ausbeutung der Landbevölkerung durch die Sowchosen und Kolchosen. 40 Mio. Menschen führen das Leben sozialistischer Parias, ohne geregelten Verdienst, ohne echte soziale Fürsorge (erst seit dem 1. Januar 1965 gibt es bescheidene Renten für sie), ohne Personalausweise (so daß sie den Kolchos nur illegal verlassen können). Die Wurzel der Agrarmisere ist in der Sowchos- und Kolchosorganisation der sowjetischen Landwirtschaft zu suchen. Das weiß im Grunde auch die Sowjetführung, und dennoch stemmt sie sich mit aller Gewalt gegen eine Reform der Agrarverfassung, denn sie weiß, daß eine solche Reform die Fundamente der Parteiherrschaft erschüttern würde. Chruschtschew bezog wie folgt Stellung für die Sowchos-Kolchos-Ordnung und gegen das selbständige Bauerntum, und diese Erklärung gilt auch für seine Nachfolger:

Jetzt decken die Kolchosen und Sowchosen, das heißt der sozialistische Sektor, und nicht die individuellen Bauernwirtschaften, den Bedarf des Landes an Brot und anderen Nahrungsmitteln und versorgen die Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen. Wir sind mit Recht stolz auf diesen Sieg. Die grundlegende Änderung in der Struktur der landwirtschaftlichen Erzeugung wird bedauerlicherweise von unseren Wirtschaftsfachleuten nicht genügend analysiert und in der Presse und mündlichen Propaganda nur schwach erläutert. Das versuchen die Gegner des Sozialismus auszunützen, indem sie über die Kolchos/Sowchos-Ordnung Verleumdungen verbreiten. Der volle Sieg der Kolchos- und Sowchosproduktion bedeutet einen

vernichtenden Schlag gegen die Phantastereien der Feinde über angebliche Vorzüge der privaten, individuellen Wirtschaft gegenüber der sozialistischen Wirtschaft.

(Die Vorzüge dieses Systems gegenüber der freien bäuerlichen Wirtschaft wirkten allerdings wenig überzeugend angesichts der Tatsache, daß das sowjetische Kolchosland genötigt war, im amerikanischen Farmland Brot einzukaufen. Ein russischer Bauer ernährt sieben, ein amerikanischer Farmer 46 Mitbürger.)

Es sei nicht verkannt, daß Chruschtschew nach dem Tode Stalins mehrere Versuche unternommen hat, um dem chronischen Siechtum der Landwirtschaft beizukommen. Seine Heilmittel waren die Auflösung der MTS (Maschinen-Traktoren-Station), die Einführung des Maisanbaues, der Umbruch von 42 Mio. Hektar auf Neuland, die Abschaffung des Feldgrassystems, eine gewisse Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und eine mehrfache Reorganisation der Agrarverwaltung. Das alles brachte keine entscheidende Besserung. Die Agrarpolitik blieb im Prinzip extensiv und ausbeuterisch und führte im Endergebnis zur Krise von 1963, die auch 1965 noch nicht überwunden ist. Ausgelöst wurde die Krise durch die ungünstige Witterung; ihre Ursache ist jedoch eindeutig struktureller Natur. Hätte Chruschtschew den Getreidebau nicht auf die 42 Mio. Hektar Neuland in niederschlagsarmen Gebieten ausgedehnt, hätte es dort natürlich auch keine Mißernten gegeben. Hätte er schon vor zehn Jahren mit dem begonnen, was er später als Lösung verkündete (Düngung, Bewässerung und Mechanisierung), hätte er 1963/64 kein Getreide im Westen kaufen müssen.

Insgesamt wäre allerdings die landwirtschaftliche Erzeugung unzulänglich geblieben, weil sie auf dem kollektivistischen Zwangssystem und nicht auf dem Prinzip des freien, selbstverantwortlichen Bauerntums aufgebaut ist. Es scheint wichtig, sich das Problem ganz klar zu machen. Die sowjetische Landwirtschaft deckt den Bedarf des Landes nur ungefähr zur Hälfte. Die Bevölkerung wächst im nächsten Jahrzehnt um rund 33 Millionen Menschen. Innerhalb dieser Zeit muß die landwirtschaftliche Erzeugung um mindestens 50 bis 60 Prozent gesteigert werden, sonst treten ernste Versorgungsschwierigkeiten ein, besonders in den sich rasch ausdehnenden Städten. Der Zunahme der Agrarproduktion steht die Sowchos/Kolchos-Ordnung im Wege. Auf sie kann aber das kommunistische Regime nicht verzichten. Wie bei jedem Wendepunkt der Geschichte der Sowjetunion wird die Agrarpolitik, in der die alten Probleme ungelöst bleiben und neue hinzukommen, auch in neuen Nachfolgekrisen eine hervorragende Rolle spielen. Die Schwierigkeiten werden also bestehen bleiben; sie werden sogar, mit Unterbrechungen in witterungsbegünstigten Jahren, weiter zunehmen und das Regime in eine Sackgasse führen, aus der es keinen anderen Ausweg gibt als eine grundsätzliche Änderung der bestehenden Agrarverfassung. Das aber wäre mit weitgehenden politischen Konsequenzen verbunden.